Christina Kaindl • Bernd Riexinger*

Verbindende Klassenpolitik und Klimagerechtigkeit

Linke Politik auf der Höhe der Zeit

Zusammenfassung: Verbindende Klassenpolitik, Klimagerechtigkeit und eine neue Perspektive auf Wirtschaftsdemokratie sind zentrale Herausforderungen der Linken und der LINKEN. Das sind nicht nur programmatische und konzeptionelle Fragen: Auch (das Verständnis von) Politik selbst muss erneuert werden. Die Partei DIE LINKE muss Räume schaffen, in denen sich spaltende Alltagserfahrungen bearbeiten und Interessen bündeln lassen – und die Subalternen sich selbst organisieren und repräsentieren können. Kristallisationspunkt einer verbindenden Klassenpolitik ist ein sozial-ökologischer Systemwechsel: Wie lässt sich die Produktion von der Chaotik der Akkumulation auf ein demokratisch beschlossenes Niveau der Bedarfsbefriedigung umstellen? Alex Demirovićs Arbeiten unter anderem zu Wirtschaftsdemokratie liefern dafür wichtige Impulse.

Schlagwörter: DIE LINKE, Intellektuelle, sozial-ökologischer Systemwechsel, Wirtschaftsdemokratie

Connective Class Politics and Climate Justice Challenges of Contemporary Left Politics

Abstract: Intersectional, connective (working) class politics, climate justice and a new perspective of economic democracy need to be at the center of renewed left and socialist politics. This is not only a programmatic issue for the Left Party, but party politics itself need to be renewed to provide space for people with different class experiences to come together and to organize for self-representation. The crystallization point of connective class politics is a socio-ecological system change: How can production be changed from the chaotic nature of accumulation to a democratically decided level of satisfaction of needs. Among his other writings Alex Demirović's work on economic democracy, among other things, provides important impulses for this goal.

Keywords: Left Party, Intellectuals, Socio-ecological System Change, Economic Democracy

* **Christina Kaindl** ist Kritische Psychologin und Leiterin des Bereichs Strategie und Grundsatzzfragen beim Parteivorstand DIE LINKE. | **Bernd Riexinger** ist MdB für DIE LINKE und Sprecher für nachhaltige Mobilität, war langjähriger Geschäftsführer des Ver.di Bezirks Stuttgart und von 2012 bis 2021 Parteivorsitzender der LINKEN.

Vorbemerkung

Alex Demirović ist ein großer linker Intellektueller, der eingreifend denkt, nicht abgekapselt und nicht nur auf den Pfaden seiner Lieblings-theoretiker*innen wandelt. Er macht marxistische Theorien und Analysen für die Gegenwart nutzbar, ohne die Abkürzungen von Allegorien und Ähnlichkeiten. Seine Analysen und seine strategischen Beiträge haben linke und LINKE Politik befruchtet, durch seine Beiträge auf Konferenzen, seine Veröffentlichungen und in zahllosen persönlichen Gesprächen. Dass die deutschen Universitäten ihn am Rand gehalten und nur auf die eine oder andere zeitlich befristete Professur gelassen haben, ist eine Schande und spricht Bände über die Herrschaftlichkeit – und Dummheit – der Wissensproduktion.

Die Frage, für wen und mit wem DIE LINKE Politik macht, bewegt viele in der Partei, besonders seit der verlorenen Bundestagswahl. Waren die Zielgruppen richtig? Hat DIE LINKE ihre Interessen gut aufgegriffen? Hat DIE LINKE sich »zu viel« um Klimaschutz gekümmert, zu sehr versucht, »urbane linke Themen« aufzugreifen? Vor dem Hintergrund dieser Debatte diskutieren wir verbindende organisierende Klassenpolitik, Klimagerechtigkeit und Wirtschaftsdemokratie als linke Politik auf der Höhe der Zeit.

Für die Klasse, die Klasse für sich?

Wen repräsentiert DIE LINKE, wer ist die Arbeiter*innenklasse? Vielfach wird bei der Beantwortung dieser Fragen die Selbstauskunft der befragten

Wähler*innen in Wahltagsbefragungen, in denen nach der »beruflichen Stellung« als »Arbeiter« oder »Angestellte« gefragt wird, für eine Klassenanalyse gehalten. Lange Zeit waren die Ergebnisse der LINKEN bei Wähler*innen überdurchschnittlich, die sich als »Arbeiter« oder »arbeitslos« einstuften oder die angaben, dass ihre persönliche wirtschaftliche Lage schlecht sei. Die Ergebnisse der LINKEN in der vergangenen Bundestagswahl waren katastrophal. In den benannten Gruppen waren die Ergebnisse immer noch überdurchschnittlich, aber weniger als bei vergangenen Wahlen. Daraus ziehen einige in der LINKEN die Schlussfolgerung, dass die Ansprache dieser Gruppen ungenügend oder gar nicht gewollt wäre und DIE LINKE sich von »der Arbeiterklasse« abgewendet hätte. Doch diese besteht nicht nur aus denen, die sich selbst als »Arbeiter« bezeichnen würden. Die Zusammensetzung der Arbeiter*innenklasse verändert sich mit dem Wandel der Produktionsweise; sie lässt sich aber nicht aus dem Produktionsprozess ableiten. Die Klassen werden »durch die Gesamtheit der ökonomischen, politischen und kulturellen Verhältnisse und in ihrem Verhältnis zueinander bestimmt. Dieses Verhältnis ist in seiner Gesamtheit eines des Klassenkampfes« (Demirović 2017). Die Herausbildung der Klassen »von oben« – durch Automatisierung und Digitalisierung auf Seiten des Kapitals, politisch durch Gesetzesänderungen, Prekarisierung und Ähnliches – geht immer mit Spaltungen einher, die gemeinsame Kämpfe und Gegenhegemonie erschweren sollen. So haben Neoliberalismus und Agenda 2010 die

Ausdehnung des Niedriglohnsektors gegen »Kernbelegschaften« gestellt, Erwerbslose abhängt. Outsourcing von Dienstleistungstätigkeiten aus den großen Konzernen hat aus industriellen Arbeiter*innen ein Dienstleistungsprekariat gemacht. Die stärkere Einbindung von Frauen in den Arbeitsmarkt wurde über einen riesigen Sektor von prekärer, oft migrantischer Frauen-Dienstleistungsarbeit geregelt, statt über gerechte Verteilung von Arbeit, Zeit und Reproduktionsarbeit. Durch die global gestreuten Ketten von Fertigung, Lieferung und Reproduktion ist die gesellschaftliche Gesamtarbeit über den Globus verstreut und nicht zu verkürzen auf »ein bestimmtes, naturalistisches Verständnis von materieller Reichtumsproduktion, in deren Zentrum die schwere körperliche Arbeit« (Demirović 2017) steht.

Klassenpolitik auf ökonomische Themen oder Forderungen zu reduzieren, geht an der komplexen Herausbildung von Klassen über Ökonomie, Politik und Kultur vorbei. Im Zentrum dieses naturalistischen Missverständnisses der Klassenpolitik steht das Bild des männlichen Industrie-Arbeiters, der als Prototyp der Arbeiterklasse festgeschrieben wird. Das Bild ist analytisch falsch und macht einen Großteil der Arbeiter*innenklasse unsichtbar. Die Schlussfolgerung, dass linke Klassenpolitik vor allem den ökonomischen Interessen dieser so verstandenen Arbeiterklasse entsprechen muss, ist politisch kurzsichtig – auch die Beschäftigten in der Industrie haben nicht nur ökonomische Interessen: Sie fahren ÖPNV, warten auf einen OP-Termin, werden durch Sexismus oder Rassismus auf schlech-

ter bezahlte Jobs verwiesen. Ohne die Lebensrealität der ganzen Klasse im Blick zu haben, lässt sich keine linke Alternative formulieren.

Gramsci begriff die »Aufgabe der Hegemonie als eine genuine Aufgabe der Linken, um eine Spaltung der verschiedenen Gruppen der Arbeiter*innen zu verhindern« (Demirović 2018). So hat Rassismus in der Geschichte der Arbeiter*innenbewegung diese (immer wieder) hierarchisiert und gespalten. Nach wie vor sichert Rassismus die ethnische Unterschichtung der deutschen Gesellschaft und das Elend entlang der globalen Lieferketten. Wer antirassistische Politik als »Identitätspolitik« zu desavouieren versucht, wendet den Blick von der Lebensrealität eines Teils der Arbeiter*innenklasse ab und spricht entlang der Spaltungen, statt sie zu kreuzen. Linke Politik muss versuchen, Erfahrungen und Kämpfe so zu organisieren, dass verschiedene Akteure, Erfahrungen und Erfahrungswelten zusammenfinden können, um die herrschaftlichen Spaltungen zu durchkreuzen und Kräfte für eine Gegenhegemonie zu bündeln. Das fassen wir mit dem Begriff der »verbindenden Klassenpolitik« (Riexinger 2018: 123ff.).

»Klassenpolitik darf nicht dem Missverständnis aufsitzen, sich auf die Probleme einer besonderen sozialen Gruppe oder Klasse zu reduzieren, sondern im Gegenteil: Sie muss sich anreichern mit all dem Wissen um die Herrschaft, Entwürdigung und Zerstörung in allen Lebensbereichen.« (Demirović 2017) Wenn nur eine bestimmte Gruppe wahrgenommen wird, besteht die Gefahr von »Ausschließungen und Starrheit« (ebd.). Aber was ist

das Gemeinsame, worin lassen sich die Verbindungen stiften und symbolisieren? Damit ist die Herausforderung an eine verbindende Klassenpolitik auf der Höhe der Zeit benannt. Was ist das Thema, die Auseinandersetzung, worin sich weite Teile der Klasse, ihre Probleme und Perspektiven erkennen können? Ist es der Kampf um mehr Lebenszeit – um eine 4-Tage-Woche, ein neues, geschlechtergerechtes Normalarbeitsverhältnis, einen früheren Renteneintritt? Wie kommen die Erfahrungen in den Blick, dass personenbezogene Dienstleistungen abgewertet werden? Hier fangen die strategisch interessanteren Fragen an. Die Bündelung von Interessen kann nicht als ökonomische Abstraktion erfolgen. Es geht nicht um den »kleinsten gemeinsamen Nenner« (ebd.). Alle Aspekte der Lebensweise, der klassenpolitischen Praxis der Gruppen müssten in den Blick genommen werden. Bündelung kann auch bedeuten, sich durch die vielfältigen Erfahrungen auf die gemeinsamen strukturierenden Dimensionen hin durchzuarbeiten: Finanzialisierung, Privatisierung und wie das Öffentliche und die Natur zur Ware gemacht werden, kollektive Angriffe auf Lohn und Arbeitsstandards, die Enteignung der Lebenszeit.

Die Frage, wie diese Interessen »gefunden« werden, ist auch die Frage nach der Rolle von (organischen) Intellektuellen und der Betroffenen, nach dem Konzept von linker Politik und Aufgaben einer linken Partei. Ist es die Aufgabe linker Politik, die Interessen der Arbeiter*innen, der Subalternen zu verstärken, zu repräsentieren, sie für sie zu lösen? Angesichts der herrschaft-

lich strukturierten Öffentlichkeit, die die Lebensrealität der Ausgebeuteten systematisch ausblendet, ist nichts dagegen einzuwenden, diese Erfahrungen und die daraus entstehenden Forderungen laut zu äußern. Darüber hinaus entscheidet sich aber das »Linke« an der Politik in der Frage, wie die Subalternen, die Betroffenen selbst darin und durch sie in die Lage kommen, sich selbst zu repräsentieren: »Frau in der Küche, du musst die Führung übernehmen« (Brecht: *Lob des Lernens*).

»Die bürgerlichen Intellektuellen versuchen eine Repräsentationsbeziehung zu den Unteren herzustellen, indem sie paternalistisch behaupten, ihre Sorgen ernst zu nehmen. Damit werden die Subalternen daran gehindert, sich intellektuell den Stand der Verhältnisse und der Zusammenhänge zu erschließen und anzueignen.« (Demirović 2018a) Die eigenen Lebensverhältnisse reflektieren, Strategien und Kräfteverhältnisse verstehen, Führung übernehmen – diese Fähigkeiten müssen verbreitet und verallgemeinert werden. Sie müssen im Rahmen einer linken Partei reflektiert werden können – nicht (nur) als Expert*innendiskussion von Funktionär*innen, sondern als Teil der organisierenden Praxis der LINKEN. Dafür muss die Partei als organisierende, verbindende Partei aufgestellt und verankert sein. Parteikonzepte, die DIE LINKE nur als »Wahlverein« oder als Lautsprecher von Bewegungen und Klassen im Parlament betrachten, reichen nicht bis in die Produktion von Hegemonie im Alltag. »Organisationen repräsentieren nicht einfach existierende Interessen, sie stellen das Feld

der Repräsentierten aktiv her. Interessen aufzugreifen muss sich entsprechend verbinden mit Bildung, Öffentlichkeitsarbeit und Auseinandersetzung mit den alltäglichen Deutungen des Gegebenen.« (Riexinger/Kipping 2013) DIE LINKE hat begonnen, Ansätze des linken, transformativen Organizing in die Parteipraxis einzubauen (Maruschke 2019), in denen Menschen ihre eigenen Erfahrungen zum Ausgangspunkt von politischer Organisation machen, gemeinsame Kämpfe entwickelt und gewonnen oder verloren, vor allem ausgewertet und verstanden werden. Die Projekte drehen sich oft um Mieten und die Zumutungen der großen Wohnungskonzerne. Sie sind Teil von verbindender Klassenpolitik: Sie sprechen Beschäftigte verschiedener Branchen und Erwerbslose gemeinsam an; sie bieten Ansätze, um die spaltenden Erfahrungen des Alltags – wie Rassismus, Missgunst gegen die »Zugezogenen« – zu bearbeiten und gemeinsam weiter zu kommen. Darin werden Erfahrungen gemacht: dass Kämpfe (selbst) geführt und gewonnen werden können; dass die Existenz struktureller Ursachen hinter den Problemen nicht bedeutet, diesen hilflos ausgeliefert zu sein. Gemeinsame Perspektiven und Utopien werden entwickelt, denn die Linke / LINKE muss an »einem umfassenden Emanzipationsprojekt« (Demirović 2017) arbeiten, das Hegemonie erlangen kann und in dem sich die Menschen nicht nur in ihrer heutigen Existenz wiedererkennen, sondern auch in der Möglichkeit, die bestehenden Probleme und Herrschaftsformen – ebenso die Klassen – zu überwinden.

Die Herrschaftsverhältnisse und ihre Überwindung auf der Höhe der Zeit begreifen

Schon Marx sprach davon, dass die kapitalistische Produktion »die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses [entwickelt], indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter« (MEW 23: 530). Zu den Aufgaben der Lebenden gehöre, die Erde den »zukünftigen Generationen besser zu hinterlassen, als sie sie vorgefunden haben« (MEW 25: 784). Damit sind die geschichtlichen Aufgaben einer Linken umfasst. Eine Gegenüberstellung von ökologischer und sozialer Gerechtigkeit macht auch mit Blick auf die Kapitalismuskritik keinen Sinn. Nicht geklärt – und sinnvoller Gegenstand von linken Debatten – ist damit der Weg der Transformation.

Die Klimakatastrophe birgt die Gefahr, dass die Menschen die eigenen Lebensgrundlagen zerstören. Die Zeit wird knapp, um das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens noch zu erreichen. Die bisherigen großen Krisen des Kapitalismus wurden in aller Regel über Wachstum »gelöst« (oder besser: verschoben) und indem sich eine neue Formation herausbildete, mit der die Produktivität und das Wachstum gesteigert wurde, ohne die profitorientierte Wirtschaftsweise zu ändern. Die Klimakatastrophe wird das verschärfen. Die destruktiven Folgen profitorientierten Wachstums sind weitaus bedrohlicher als der versprochene Wohlstandsgewinn, von dem die Mehrheit der Weltbevölkerung ohnehin ausgeschlossen ist.

Es wäre längst möglich, die Produktion von der Chaotik der Akkumulation umzustellen auf ein demokratisch beschlossenes Niveau der Bedarfsbefriedigung (vgl. Demirovic 2012). Doch das grüne Modernisierungsprojekt der gegenwärtigen Regierung will die Produktion von Akkumulationsdynamik und Wachstum nicht entkoppeln, sondern hält Wachstum und Ressourcenschonung für vereinbar. Das ist zum Scheitern verurteilt: »Würde die Grüne Ökonomie zu einem Erfolgsmodell, sich also Kapital wirklich verwerten und die Profite höher sein als in früheren Phasen der Kapitalakkumulation, dann hätte dies einen stetigen Investitions- und Wachstumsprozess mit entsprechenden Profiten zur Folge. Zu erwarten sind paradoxe Effekte: neue Maschinen, mehr Konsum und Abfall – mehr statt weniger Naturverbrauch.« (Ebd.)

Ohne dass unser Austauschverhältnis mit der Natur auf eine andere Grundlage gestellt wird, also ohne Veränderung der Wirtschafts- und Lebensweise wird das Klima nicht zu retten sein. Sozialökologischer Systemwechsel oder *System Change not Climate Change* sind nicht nur Schlagworte (vgl. Riexinger 2020). Sie sind die Voraussetzung, um die Klimakatastrophe zu verhindern. Alle Parteien – außer die der radikalen Rechten – thematisieren das Problem der Klimakrise. Das tun sie in den engen Grenzen der Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Akkumulation. Die LINKE kann und muss weiter gehen. Sie verbindet konkrete Sofortforderungen mit Einstiegen in eine andere (sozialistische) ökologisch verträgliche und soziale Gesellschaft.

Die Klimakatastrophe ist von der sozialen und Klassenfrage nicht zu trennen: Kann sie einen neuen Schub für sozialistische Perspektiven bedeuten? Der Ausgang der Bundestagswahlen nährt nicht unbedingt den Optimismus. Dennoch spürt oder weiß eine wachsende Anzahl von Menschen, dass wir so nicht weitermachen können. Dass es mit Greenwashing nicht getan ist, genau so wenig wie mit einem modernisierten Kapitalismus mit etwas mehr Klimaschutz, den sich die Ampelkoalition auf die Fahnen geschrieben hat. Die Radikalität der Klimabewegungen geht über die Grünen oft hinaus, auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen sehen die Grenzen der marktförmigen Transformation der rot-grünen Regierung. Sie glauben nicht, dass wirkungsvoller Klimaschutz mit den Konzernen und deren Profitorientierung vereinbar ist. Viele begeben sich auf eine Suche nach grundlegenden Alternativen. Diese liegen außerhalb von Markt und Wettbewerb. Gerade die Demokratisierung der Wirtschaft mit neuen öffentlichen, genossenschaftlichen oder belegschaftseigenen Eigentumsformen könnte ein wichtiges Element einer solchen Neuorientierung sein. Im Rahmen der staatlich forcierten Modernisierung fließen hohe Milliardenbeträge in die dafür nötige Infrastruktur (beispielsweise Ladesäulen) oder als direkte Hilfen an Betriebe und Konzerne. Könnte es nicht Gegenstand der politischen Auseinandersetzung sein, dass über die Verwendung dieser Steuergelder in den Regionen demokratisch entschieden wird, etwa in Wirtschafts- und Sozialräten oder Transformationsräten (siehe nächster

Abschnitt)? Bei der Zusammenarbeit zwischen Fridays for Future und Ver.di zur Unterstützung der Beschäftigten im ÖPNV in der Tarifrunde 2020 wurde bewiesen, dass die Interessen von Beschäftigten und der Klimabewegung zusammengebracht und ihre Kräfte gebündelt werden können.

Wirtschaftsdemokratie neu denken

Soziale und ökologische Bewegungen sind für Einstiege in eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu gewinnen. Demirović (2012) spricht von der »Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse«, einer »Neufassung der Demokratie selbst, die die liberal gezogene Grenze zwischen Politik, Wirtschaft und Natur überschreitet, um Komplexität selbst zu demokratisieren«. Der Horizont der »Wirtschaftsdemokratie« wird aufgerissen.

Der von Alex herausgegebene Sammelband *Wirtschaftsdemokratie neu denken* geht von den »Erosionstendenzen und strukturellen Veränderungen der Institutionen der repräsentativen Demokratie« und dem damit einhergehenden Aufstieg der rechten, autoritär-populistischen Kräfte aus. Die Klasse der Kapitaleigentümer würde sich von den parlamentarischen Vertretungsprozessen weg und zu neuen autoritären Praktiken hin bewegen, »die gekennzeichnet sind von Elementen eines starken Staates, von Dezisionismus und populistischen Allianzen« (Demirović 2018b: 9). Die politische Demokratie sollte durch direkte Beteiligung gestärkt und auf die Wirtschaft ausgedehnt werden, gestützt auf die

Formierung von globalisierungskritischen Initiativen und schließlich auf eine »Welle von Demokratiebewegungen nach der großen Wirtschafts- und Finanzkrise: die Welle von Protesten an den Hochschulen und in anderen öffentlichen Dienstleistungsbereichen, die Proteste gegen die Finanzmarktakteure oder die sie unterstützenden politischen Institutionen« (ebd.). Damit sollten die demokratiegefährdenden Tendenzen abgewehrt werden. Aber nicht nur das, »die wirtschaftliche Entwicklung selbst, bestimmt vom Imperativ der Profitmaximierung geht in die falsche Richtung« (ebd.: 10). Der Lebensalltag der Lohnabhängigen kommt in den Blick, »die häufig zu wenig verdienen, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können, die zu wenig Ressourcen – also Zeit, Geld oder soziale Beziehungen – haben, um sich zu informieren und zu engagieren« (ebd.). Ihre Einflussmöglichkeiten sollen mit der Wirtschaftsdemokratie erheblich erweitert und zugleich die gesellschaftliche Entwicklung in eine andere Richtung verschoben werden. Auch die Frage neuer Formen der Mobilität oder nachhaltiger Antriebssysteme oder die Produktion recycelbarer Konsumgüter und Maschinen wurde in einen Zusammenhang mit der Wirtschaftsdemokratie gebracht.

Wirtschaftsdemokratie, die Demokratisierung der Entscheidungen, was, wie von wem produziert wird, ist ein Knotenpunkt im Netzwerk der Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (vgl. Demirović 2012). Regional und im Ausgleich zwischen Regionen müssen Entscheidungen über Investitionen, Produktion, Konsumtion

und ihre Folgen getroffen werden können. »Unter demokratischen Bedingungen eines Grünen Sozialismus wären in der Tendenz alle an den Entscheidungen beteiligt, sie könnten dazu beitragen, Negatives zu vermeiden, könnten Positives anregen. Aus individueller Sicherheit, Mitbestimmungs- und Kontrollmöglichkeiten und der egalitären Organisation der gesellschaftlichen Arbeit führt das zu allgemeiner Wohlfahrt.« (Demirović 2012)

Schritte auf diesem Weg wären: Der Umbau von Regionen und ihrer (fossilen) Produktionsstruktur kann von bereits erwähnten regionalen Transformationsräten geplant und begleitet werden. Neben Gewerkschafter*innen können etwa Vertreter*innen der Klimaschutzbewegung, von Umweltverbänden sowie von anderen sozialen Bewegungen und Verkehrsinitiativen, von Wissenschaft, fortschrittliche Raumplaner*innen, Kommunalpolitiker*innen vertreten sein. Dabei können auch erste Erfahrungen mit einer »Rätedemokratisierung« gewonnen werden, etwa bei der Frage: Wie damit umgehen, wenn die Interessen der regionalen Bevölkerung sich mit den regionalen Unternehmen verbinden, wenn die Kapitalseite zivilgesellschaftliche Akteure gründet, um die Willensbildung in ihrem Sinn zu beeinflussen?

Das sind Probleme (oft regionaler) gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, die zunehmend transparent gemacht und zum Gegenstand von Politik im Sinne der kollektiven Selbstbestimmung gemacht werden müssen. Wie verhalten sich die Transformationsräte mit ihrem Delegationsprinzip zu den politischen Gremien von Landes- und

Kommunalregierungen? Die Fragen wirken vielleicht klein und pragmatisch, sie betreffen aber den Kern der Demokratie(sierung): Wirtschaftsdemokratie im Sinne einer Beteiligung an wirtschaftlichen Entscheidungen (und gegebenenfalls der Vergesellschaftung) einzelner Betriebe lässt sich relativ einfach vorstellen. Aber wirtschaftliche und politische Demokratie kann nicht einfach zwei Sphären zugeteilt werden. Die Frage von Bedarf und Bedürfnis und demokratischer Entscheidungen darüber – also: wie können Interessen an bestimmten Konsummodellen ins Verhältnis gesetzt werden zu den planetaren Grenzen – müssen Teil der demokratischen Entscheidungen sein. Aktuell werden sie über Einkommen und Vermögen geregelt und nicht so, dass der Planet überleben kann.

»Das Gemeinwesen kann nicht mehr gespalten gedacht werden in eine wirtschaftliche Sphäre egoistischer Privatinteressen und eine die Allgemeinheit und Solidarität verbürgende Sphäre der Politik; vielmehr handelt es sich um das konkrete Gemeinwesen der kooperativen Lebenszusammenhänge der Individuen. In diesen Kooperationen entscheiden die Individuen gemeinsam, wie sie ihre Arbeit organisieren und wie sie leben wollen: Die Menge der Gebrauchswerte, die sie benötigen, eingesetzte gemeinsame Arbeitszeit, Art und Weise der Arbeitsorganisation, die die bürgerlichen Formen von Büro und Fabrik hinter sich lässt, Gestalt der Güter, Verwendungsweise der freien Zeit: Kindererziehung, Bildung, Vergnügen, Faulheit.« (Demirović 2008: 65)

Die Gewerkschaften, die zum Teil das Ziel der Wirtschaftsdemokratie in ihrer Satzung verankert haben, verfolgen eher einen korporatistischen Ansatz, anstatt den Kampf um mehr Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie auch nur zu erwägen. Vielleicht gibt es aber auch dort neue Ansätze im Zusammenhang mit der anstehenden und für Beschäftigte folgenreichen Transformation vor allem der industriellen Sektoren. So formuliert Hans-Jürgen Urban, Vorstandsmitglied der IG Metall, als Reaktion auf die Maßnahmen zur Pandemie: »Neben einem Investitionsprogramm u.a. in klimaschonende Infrastrukturen, energiesparende und emissionsvermeidende Produktionsverfahren und naturverträgliche Produkte geht es auch um Eingriffe in Eigentums- und Verfügungsrechte«. Regionale Transformationsräte sollen den Einstieg in die Wirtschaftsdemokratie bereiten. »Kurzum, nicht Privatkapitalismus, sondern Wirtschaftsdemokratie lautet die Perspektive.« (Urban 2020)

Den Ausstieg aus der fossilen Ära des Kapitalismus bezeichnet Olaf Scholz als den »größten Umbauprozess der Industrie seit 100 Jahren«. In der großen Linie handelt es sich beim Koalitionsvertrag um ein Modernisierungskonzept des Kapitalismus, um eine Forcierung des für die Ökonomie anstehenden Transformations- und Digitalisierungsprozesses, der erhebliche staatliche Investitionen und Modernisierungsanstrengungen des Staates erfordert. Für die Gewerkschaften ist dabei ein Part als Gesprächspartner in einem Transformationsdialog vorgesehen. Mehr nicht. Keine Erweiterung der Mitbestimmung, von Demokratisierung der Wirtschaft

ganz zu schweigen. Die geplante Förderung der Rüstungsindustrie mit einem »Sondervermögen« für die Bundeswehr von 100 Milliarden. Euro bremsst soziale und ökologische Investitionen. Die Gewerkschaften müssen entscheiden, ob sie sich mit dieser vorgesehenen Rolle als Bestandteil eines Modernisierungskorporatismus begnügen oder ob sie Teil einer Bewegung für eine neue Wirtschafts- und Lebensweise werden wollen. Der notwendige Pfadwechsel, die Ökonomie so umzubauen, dass sie bis 2035 emissionsfrei wird, erfordert politische Vorgaben, die in die Verfügungsgewalt der Kapitalbesitzer eingreifen: einen Umbau der Automobilindustrie zu einer nachhaltigen Mobilitätsindustrie und eine Umgestaltung der gesellschaftlichen Mobilität insgesamt. Gut ausgebauter Schienenverkehr, fußgänger- und fahrradfreundliche Städte und Kommunen, ein gut ausgebauter ÖPNV, der schrittweise kostenfrei wird, müssen die Grundlage sein für eine veränderte Alltagspraxis. Klimagerechtigkeit und gerechte Übergänge gibt es nur mit aktiver Wirtschaftspolitik: Ähnlich wie das Konzept von Labour in Großbritannien baut das LINKE Konzept »1 Million Klimajobs« auf einer massiven Förderung von erneuerbaren Energien, energetischer Modernisierung und Schienenverkehr und -produktion auf. Die riesigen Personalnotstände in Pflege, Erziehung und Bildung müssen geschlossen werden – wie auch die Lohnlücke. Die Berufe sind unterbewertet und unterbezahlt, nicht zuletzt, weil sie mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden. Hier finden sich die Anforderungen an eine verbindende Klassenpolitik mit der Erneuerung der LINKEN (auch)

als Partei der Klimagerechtigkeit. Nur wenn beides zusammenkommt, kann es gelingen, Gegenkräfte zu bündeln, mit ihnen gemeinsam stärker zu werden und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse relevant zu verschieben. Im Staat, dieser »materiellen Verdichtung der Kräfteverhältnisse« (Poulantzas), werden (erst) dann Spielräume für linke Alternativen entstehen, die dann auch genutzt werden können und müssen. Für die Demokratisierung von Wissen und Expertise, für einen produktiven Umgang mit dem »Nicht-Wissen des Nicht-Wissens« (Demirovic), für ein Aufreißen des Horizonts, was gedacht und geplant werden kann, werden linke Intellektuelle wie Alex dringend gebraucht.

Literatur

- Demirović, Alex (2008): Wirtschaftsdemokratie, Rätedemokratie und freie Kooperationen. In: *Widerspruch* 55: 55-68.
- (2012): Marx grün. In: LuXemburg. URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de/>, Zugriff: 30.3.2022.
 - (2017): Die Zumutungen der Klasse. Vielfältige Identitäten und sozialistische Klassenpolitik. In: LuXemburg. URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de/>, Zugriff: 30.3.2022.
 - (2018a): Bevölkerung und Klassenpolitik. Gramscis hegemonietheoretische Annäherung an die Frage der Migration. In: LuXemburg. URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de/>, Zugriff: 30.3.2022.
 - (Hg.) (2018b): Wirtschaftsdemokratie neu denken. Münster.
- Maruschke, Robert (2019): Transformative Organizing. URL: <https://www.rosalux.de/>, Zugriff: 30.3.2022.
- MEW – Marx, Karl / Engels, Friedrich: Marx-Engels-Werke. Berlin 1956ff.
- Riexinger, Bernd (2018): Neue Klassenpolitik. Solidarität der Vielen statt Herrschaft der Wenigen. Hamburg.
- (2020): System Change. Plädoyer für einen linken Green New Deal – Wie wir den Kampf für eine sozial- und klimagerechte Zukunft gewinnen können. Hamburg.
 - / Katja Kipping 2013: Verankern, Verbreiten, Verbinden. Eine strategische Orientierung für DIE LINKE. Arbeitspapier.
- Urban, Hans-Jürgen (2020): Corona-Pandemie: Eine Krise als Chance zur Beschreitung neuer Wege. In: *Frankfurter Rundschau*, 19.4.2020. URL: <https://www.fr.de/>, Zugriff: 30.3.2022.